

Deutsche Konjunkturperspektiven 2006/2007: Im Aufschwung¹

*zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus**

Weltwirtschaftliches Umfeld

Die Expansion der Weltwirtschaft ist im Frühjahr 2006 nach wie vor kräftig. Im Verlauf des vergangenen Jahres hat sie an Breite gewonnen. Während die Produktion in den USA in der Grundtendenz weiter deutlich stieg und sich das rasche Wachstum in China ungebremst fortsetzte, wurde die Schwächephase, die sich in Japan, im Euroraum sowie in vielen Schwellenländern in der zweiten Jahreshälfte 2004 eingestellt hatte, nach und nach überwunden. Die Auftriebskräfte sind in Folge der günstigen Ertragslage der Unternehmen, steigender Vermögenspreise und niedriger Zinsen so stark, dass die dämpfenden Wirkungen höherer Rohstoffpreise mehr als ausgeglichen wurden. Der Preisanstieg hat sich in den Industrieländern energiepreisbedingt im vergangenen Herbst vorübergehend verstärkt. Zu spürbaren Zweitrundeeffekten kam es aber nicht. Nach wie vor geringe Inflationserwartungen sind ein wichtiger Grund dafür, dass die langfristigen Zinsen nur wenig stiegen.

Die Weltwirtschaft wird im Prognosezeitraum weiter zügig expandieren, wenngleich infolge nachlassender expansiver Wirkungen der Geldpolitik und leicht anziehender langfristiger Zinsen etwas langsamer als bisher. Dabei wird sich das Konjunkturgefälle zwischen den Industrieländern weiter verringern. Das reale Bruttoinlandsprodukt in der Welt wird 2006 um 3,4 % und 2007 um 3,1 % zunehmen. Der Welthandel dürfte um 8,5 % bzw. 7,5 % ausgeweitet werden. Die globalen Ungleichgewichte, insbesondere das Leistungsbilanzdefizit der USA, werden sich dabei kaum verringern.

Im Euroraum setzt sich die konjunkturelle Erholung fort. Die konjunkturellen Auftriebskräfte unterscheiden sich dabei in den einzelnen Volkswirtschaften weiterhin deutlich. In Deutschland, Österreich und den Niederlanden wird die Konjunktur vor allem von den Exporten getragen, in Spanien, Italien und Frankreich steigt vor allem die Binnennachfrage. Mit der Erholung haben sich die Inflationsrisiken erhöht. Die Europäische Zentralbank (EZB), die im vergangenen Jahr die Zinswende vollzog, wird daher bestrebt sein, den Expansionsgrad ihrer Geldpolitik weiter zu verringern. Zugleich kommt die Budgetkonsolidierung allmählich voran. Export und Anlageinvestitionen werden aber weiter deutlich expandieren. Im kommenden Jahr wird die konjunkturelle Dynamik durch die etwas langsamere Gangart der Weltkonjunktur, leicht

steigende Zinsen und einen nachlassenden Immobilienpreisanstieg, aber auch durch die restriktive Finanzpolitik in Deutschland, gedämpft. Im Jahresergebnis nimmt das reale Bruttoinlandsprodukt 2007 um 1,8 % zu, nach 2,1 % in diesem Jahr. Die Inflationsrate wird 2006 aufgrund eines geringeren Anstiegs der Energiepreise auf 2 % sinken; 2007 wird sie infolge der Anhebung der Mehrwertsteuer in Deutschland etwas höher ausfallen (2,2 %).

Ausblick für Deutschland

Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Frühjahr 2006 in einem kräftigen Aufschwung. Nach wie vor sind die Impulse aus dem Ausland beträchtlich, die Exporte sind bis zuletzt stark gestiegen. Die positive Grundtendenz der Konjunktur zeigt sich vor allem darin, dass sich die Ausrüstungsinvestitionen weiter gefestigt haben. Auch die Verbraucher sind optimistischer geworden; die Umsätze des Einzelhandels zogen nach der Jahreswende etwas an. Der konjunkturelle Aufschwung strahlt auf den Arbeitsmarkt aus. So ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der zweiten Jahreshälfte 2005 kaum noch zurückgegangen, und die Arbeitslosigkeit ist gesunken, wenn auch größtenteils als Folge von Sondereinflüssen im Zusammenhang mit der Arbeitsmarktpolitik.

Die Institute erwarten, dass sich der Aufschwung in diesem Jahr spürbar verstärkt. Die Exporte werden abermals kräftig ausgeweitet, da die Weltwirtschaft weiterhin sehr zügig expandiert. Überdies gewinnt nun auch die Inlandsnachfrage an Fahrt. Die Investitionen legen verstärkt zu; dazu trägt auch bei, dass die Zinsen immer noch niedrig sind. Ferner stützen finanzpolitische Maßnahmen, insbesondere die verbesserten Abschreibungsbedingungen, die Investitionstätigkeit. Die privaten Haushalte dürften ihre Ausgaben wieder etwas erhöhen, zumal sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt aufhellt. Im späteren Verlauf dieses Jahres werden zudem zusätzliche Käufe vor allem von Gebrauchsgütern getätigt, um die im kommenden Jahr höhere Mehrwertsteuer zu vermeiden. Die Institute rechnen mit einem Vorzieheffekt in Höhe von etwa 0,2 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

* Dr. Wolfgang Nierhaus ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut für Wirtschaftsforschung München tätig.

Im Jahresdurchschnitt 2006 wird die gesamtwirtschaftliche Produktion voraussichtlich um 1,8 % zunehmen. Die Zahl der Arbeitslosen wird im Jahresverlauf etwas sinken und sich im Jahresdurchschnitt auf 4,58 Mill. belaufen. Der Anstieg der Verbraucherpreise dürfte sich auf 1,6 % zurückbilden; dabei ist unterstellt, dass es aus dem Ausland keine neuen Teuerungsimpulse gibt (vgl. Tab. 1).

Im kommenden Jahr wird die Konjunktur spürbar an Fahrt verlieren, da wichtige Impulse schwächer werden und Belastungen hinzukommen.² So wird die Weltkonjunktur voraussichtlich etwas langsamer expandieren. Die Geldpolitik wirkt weniger anregend, weil die EZB die Zinsen in diesem Jahr weiter leicht anheben wird. Die Inlandsnachfrage wird vor allem durch den Schwenk zu einer deutlich restriktiven Finanzpolitik gedämpft.

Die Mehrwertsteuer und andere Steuern sollen spürbar angehoben werden, und dieser negative Impuls wird durch die Senkung der Beiträge zur Sozialversicherung nicht ausgeglichen. Betrachtet man das gesamte Maßnahmenpaket, so wird das reale Bruttoinlandsprodukt um etwa einen halben Prozentpunkt geringer steigen, als es sonst der Fall wäre. Im Jahr 2007 wird es lediglich um 1,2 % zunehmen (vgl. Abb. 1). Bei der schwächeren konjunkturellen Expansion wird die Beschäftigung langsamer zunehmen als im laufenden Jahr. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen dürfte sich um nur noch 140.000 auf 4,44 Mill. zurückbilden. Die Inflationsrate wird sich auf 2,5 % erhöhen.

Allerdings gibt es Risiken. So würde ein erneuter Preisschub beim Erdöl, ausgelöst durch eine befürchtete

Tabelle 1: Eckdaten der Prognose

	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Bruttoinlandsprodukt ^a						
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	0,1	-0,2	1,6	0,9	1,8	1,2
Westdeutschland ^{b, c}	-0,1	-0,3	1,6	1	1,9	1,2
Ostdeutschland ^c	1,1	1	1,9	-0,1	1,3	0,8
Erwerbstätige ^d (1.000 Personen)	39.096	38.722	38.868	38.783	38.889	39.073
Arbeitslose (1.000 Personen)	4.061	4.377	4.381	4.861	4.580	4.440
Arbeitslosenquote ^e (in %)	9,4	10,2	10,1	11,2	10,6	10,2
Verbraucherpreise ^f						
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,4	1,1	1,6	2,0	1,6	2,5
Lohnstückkosten ^g						
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	0,8	0,7	-1,0	-0,9	-0,7	0,1
Finanzierungssaldo des Staates ^h						
in Mrd. Euro	-79,6	-86,6	-81,2	-74,5	-67,4	-46,5
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	-3,7	-4,0	-3,7	-3,3	-2,9	-2,0
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. Euro)	43,4	40,3	81,9	92,2	98,2	110,5

a) In Preisen des Vorjahres. – b) Einschließlich Berlin. – c) Rechenstand: Februar 2006; in Preisen des Vorjahres. – d) Im Inland. – e) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). – f) Verbraucherpreisindex (2000=100). – g) Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigen. – h) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95); unter Berücksichtigung der „Minderausgaben“ infolge des Verkaufs von verbrieften Forderungen der Postbeamtenversorgungskasse.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Arbeitskreis VGR der Länder, Deutsche Bundesbank, 2006 und 2007: Prognose der Institute.

Angebotsverknappung, die Konjunktur dämpfen. Auch bestehen Risiken im Inland. Sollten die Unternehmer und Konsumenten weitere Abgabenerhöhungen befürchten, könnten sich ihre Erwartungen deutlich verschlechtern, und die Konjunktur würde sich stärker eintrüben als prognostiziert. Es besteht aber auch die Chance, dass der Produktionsanstieg höher ausfällt als hier vorausgesagt. Dafür könnte auch der Verlauf früherer Konjunkturzyklen sprechen. So nahm in der Vergangenheit die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung häufig über einige Jahre hinweg zu, wenn ein Aufschwungsprozess erst einmal eingesetzt hatte.

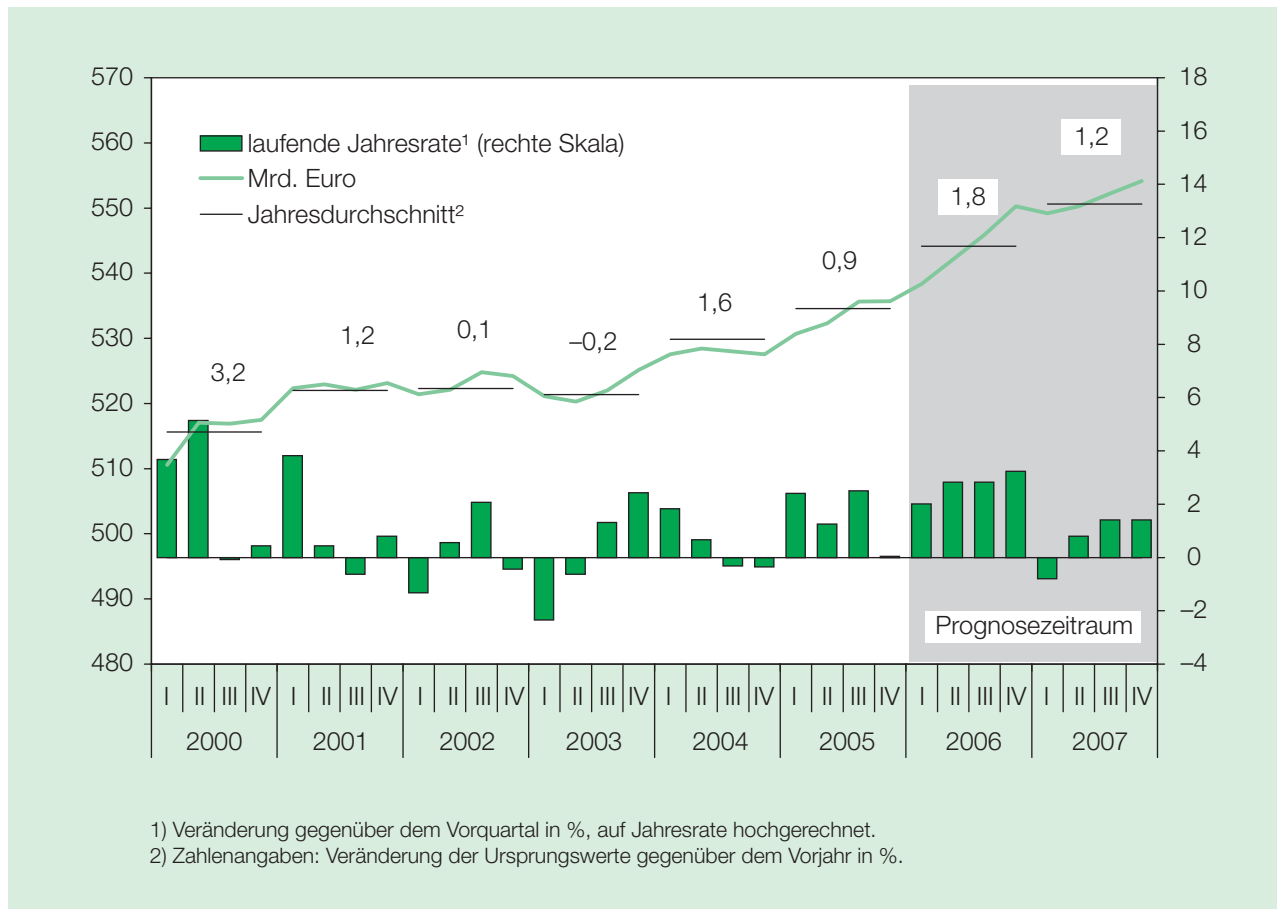
Exkurs: Ostdeutschland

Im vergangenen Jahr ist die gesamtwirtschaftliche Produktion in den neuen Bundesländern gesunken, nachdem sie drei Jahre in Folge stärker als in den alten Bundesländern gestiegen war. Ausschlaggebend für die Schwäche war der überaus kräftige Rückgang der Wertschöpfung im Baugewerbe. Die Beseitigung der

Flutschäden aus dem Jahr 2002 hatte die Bautätigkeit drei Jahre lang gestützt und die strukturelle Anpassung des immer noch verhältnismäßig großen Bausektors hinausgezögert. Diese Sonderentwicklung lief 2004 weitgehend aus, und die Aufträge für Bauarbeiten sanken im vergangenen Jahr rapide. Fast ebenso stark wirkte sich der weitere Rückgang der Wertschöpfung im öffentlichen Sektor aus. Das Minus in diesen beiden Wirtschaftsbereichen wurde durch das Plus bei Handel und Verkehr, bei Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen, aber auch beim Verarbeitenden Gewerbe nicht wettgemacht.

Im Verarbeitenden Gewerbe hat die Wertschöpfung 2005 um 6% und damit mehr als doppelt so kräftig zugelegt wie in den alten Bundesländern. Die Auslandsumsätze stiegen weiterhin sehr dynamisch, und die ostdeutschen Produzenten profitierten über Zulieferbeziehungen vom Exportboom in Westdeutschland. Beigetragen zur Expansion hat auch die erneut verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Industrie. Die Lohnkostenbelastung der Produktion ist im Mittel gegenüber westdeutschen Standorten weiter gesunken,

Abbildung 1: Reales Bruttoinlandsprodukt, saison- und arbeitstäglicher Verlauf (verkettete Volumenangaben in Mrd. Euro)



Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen der Institute, ab 1. Quartal 2006: Prognose der Institute.

und im Durchschnitt realisieren die Industrieunternehmen in den neuen Bundesländern seit 2003 höhere Gewinnmargen als die im Westen.

In diesem und im nächsten Jahr wird die gesamtwirtschaftliche Produktion in Ostdeutschland (ohne Berlin) wieder expandieren, wenn auch langsamer als im Westen. Den größten Wachstumsbeitrag wird erneut das Verarbeitende Gewerbe leisten, das von der Belebung der Inlandsnachfrage in Deutschland profitieren wird. Dies wird auf die unternehmensnahen Dienstleister ausstrahlen. Der Rückgang der Bauproduktion wird sich abflachen. Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 1,3 % und im kommenden Jahr um 0,8 % zunehmen.

Die leichte Abnahme des Bruttoinlandsprodukts im vergangenen Jahr hat den Rückstand der neuen Bundesländer in der Pro-Kopf-Produktion, der sich von 2001 bis 2004 verringert hatte, wieder etwas größer werden lassen. Diese erreicht zwei Drittel des westdeutschen Wertes (vgl. Tab. 2). Zur Verringerung des Abstandes in den vergangenen Jahren trug die anhaltend rückläufige Einwohnerzahl bei. Die Produktivitätslücke schließt sich nur langsam, obwohl in den vergangenen Jahren in den neuen Bundesländern stärker Beschäftigung abgebaut worden ist als in den alten. Die Produktivität je Erwerbstätigen beträgt im Durchschnitt der neuen Länder derzeit 77 % des Westniveaus; je Arbeitsstunde liegt sie aufgrund der längeren Arbeitszeiten im Osten bei 73 %. Gegen eine Beschleunigung des Aufholprozesses bei der Produktivität sprechen die – verglichen mit Westdeutschland – geringeren Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen.

Im Jahr 2005 hat sich im Gefolge der Produktionsschwäche die an sich schon schwierige Situation auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt nochmals verschlechtert. Die Zahl der Erwerbstätigen im Inland nahm gegenüber dem Vorjahr um 74.000 Personen bzw. 1,3 % ab. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ging sogar um 3 % zurück. Teilweise resultiert dies aus der Rückführung von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten wie Arbeitsbeschaffungs- und Strukturpassungsmaßnahmen, durch die ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis begründet wird. Dass der Rückgang der Erwerbstätigkeit nicht noch kräftiger ausgefallen ist, kommt allein aus der Ausweitung von staatlich subventionierten Ich-AGs (+31.000) sowie der Bereitstellung von Arbeitsgelegenheiten. Im Jahresdurchschnitt gab es in Ostdeutschland 80.000 dieser Zusatzjobs; dies waren etwa 40 % aller in Deutschland angebotenen Arbeitsgelegenheiten. Der Anteil der Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen an den Erwerbsfähigen beträgt in Ostdeutschland 5,3 % (Westdeutschland: 2,2 %).

Die Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt wird sich im Prognosezeitraum nur wenig verbessern, obwohl die gesamtwirtschaftliche Produktion wieder expandieren wird. Der Produktionszuwachs ist jedoch nicht kräftig genug, um die Nachfrage nach Arbeitskräften zu steigern. Hinzu kommt, dass der Personalabbau in den öffentlichen Bereichen fortgesetzt wird. Der Rückgang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse wird sich im Verlauf dieses Jahres verlangsamen. Die weitere Zunahme von Arbeitsgelegenheiten trägt dazu bei, dass die Erwerbstätigkeit nur noch geringfügig abnimmt. Im Jahr 2007 wird sich der Rückgang fortsetzen, auch weil sich in Ostdeutschland der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion ebenfalls abflachen wird.

Die Arbeitslosigkeit wird gleichwohl im Prognosezeitraum weiter rückläufig sein. Der Hauptgrund liegt beim Arbeitskräfteangebot, das in Folge geburtenschwacher Jahrgänge und verstärkter Abwanderung abnimmt. Hinzu kommt im laufenden Jahr die Arbeitsmarktpolitik mit der zunehmenden Bereitstellung von Zusatzjobs. Insgesamt werden in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) im kommenden Jahr 1,5 Mill. Personen als Arbeitslose registriert sein; die Arbeitslosenquote wird 16,7 % betragen, nach 17,0 % in diesem Jahr (vgl. Tab. 3).

Zur Wirtschaftspolitik

Obwohl die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr mit dem kräftigsten Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts seit dem Jahr 2000 rechnen kann, haben sich die fundamentalen Bedingungen wenig geändert. Das Kernproblem der Wachstumsschwäche bleibt. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird sich zwar konjunkturell bessern, ein nennenswerter Rückgang der strukturell hohen Arbeitslosigkeit ist aber nicht zu erwarten. Daneben bestehen die Probleme in den Sozialversicherungen fort, und die Lage der öffentlichen Haushalte ist nach wie vor angespannt. Der Handlungsbedarf für die Wirtschaftspolitik hat sich somit nicht verringert.

Vorrang in der Wirtschaftspolitik sollten solche Reformen haben, die das Wachstumspotenzial der deutschen Wirtschaft anheben und für mehr Beschäftigungsdynamik sorgen. Die Bundesregierung hat einige Maßnahmen beschlossen, die durchaus in die richtige Richtung gehen. Höhere öffentliche Investitionen und mehr Ausgaben für Forschung und Entwicklung wirken sich positiv auf das mittelfristige Wachstum aus. Werden diese Pläne umgesetzt, dürfte dies neben der sich abzeichnenden Besserung der kommunalen Haushaltslage dazu beitragen, dass der jahrelange Abwärtstrend der öffentlichen Investitionen umgekehrt wird. Ferner wurde mit der

Tabelle 2: Indikatoren zum wirtschaftlichen Aufholprozess in Ostdeutschland, Relationszahlen für Ostdeutschland (ohne Berlin) in jeweiligen Preisen.

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Westdeutschland=100													
Bruttoinlandsprodukt													
nominal je Einwohner ^a	50,5	57,3	60,6	62,7	63,1	62,6	63,3	63,1	63,9	65,5	66,7	67,4	67,0
Bauinvestitionen													
nominal je Einwohner ^a	145,8	180,6	186,0	177,7	170,4	153,7	138,9	124,6	106,6	102,7	104,2		
Investitionen in neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen													
nominal je Einwohner ^a	90,5	103,4	105,0	104,0	94,1	92,3	90,1	85,2	72,0	63,9	63,5		
Arbeitnehmerentgelt je													
Arbeitnehmer ^a	69,2	72,3	74,8	75,4	75,7	75,9	76,6	76,8	76,9	77,2	77,5	77,9	77,7
Arbeitsstunde der Arbeitnehmer ^a						68,4	69,3	69,9	70,5	71,4	72,0	72,7	
Arbeitsproduktivität je													
Erwerbstätigen ^{a, b}	59,6	64,8	66,4	68,6	69,7	69,6	70,8	72,2	74,1	75,9	76,8	77,3	77,2
Arbeitsstunde der Erwerbstätigen ^{a, b}						64,1	65,4	66,9	69,1	71,4	72,3	73,1	73,3
Lohnstückkosten ^{a, c}													
Basis Personen	116,1	111,5	112,7	109,9	108,7	109,1	108,2	106,4	103,8	101,7	101,0	100,7	100,7
Basis Stunden						106,7	105,9	104,3	101,9	100,1	99,5	99,4	
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr													
Bevölkerung ^a													
Ostdeutschland	-0,7	-0,6	-0,4	-0,4	-0,3	-0,4	-0,5	-0,6	-0,8	-0,9	-0,8	-0,7	-0,7
Westdeutschland	1,0	0,5	0,4	0,4	0,3	0,1	0,2	0,3	0,4	0,4	0,2	0,1	0,1
Erwerbstätige (Inland) ^a													
Ostdeutschland	-2,6	2,6	2,1	-0,8	-1,3	0,2	0,2	-0,9	-1,6	-1,6	-1,1	0,0	-1,3
Westdeutschland	-1,1	-0,6	-0,1	-0,2	0,1	1,4	1,6	2,4	0,8	-0,4	-0,9	0,4	0,0
Arbeitsvolumen ^a													
Ostdeutschland	-	-	-	-	-	-	-0,7	-2,4	-3,1	-3,0	-1,7	0,0	-2,0
Westdeutschland	-	-	-	-	-	-	0,8	1,2	-0,1	-1,1	-1,3	0,9	-0,3

a) Angaben für Ostdeutschland: neue Bundesländer ohne Berlin, für Westdeutschland: alte Bundesländer einschließlich Berlin. – b) Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen (Arbeitsstunde der Erwerbstätigen). – c) Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer (Arbeitsstunde der Arbeitnehmer) bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen (Arbeitsstunde der Erwerbstätigen).

Quellen: Statistisches Bundesamt (Rechenstand: Februar 2006), Arbeitskreis VGR der Länder (Rechenstand: März 2006), Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Rechenstand: März 2006), Berechnungen der Institute.

Tabelle 3: Arbeitsmarktbilanz. Jahresdurchschnitte in 1.000 Personen.

	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Deutschland						
Erwerbstätige Inländer	38.994	38.632	38.782	38.672	38.766	38.936
Arbeitnehmer	34.992	34.562	34.564	34.317	34.322	34.413
darunter:						
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27.629	27.007	26.561	26.238	26.209	26.311
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4.148	4.322	4.742	4.748	4.742	4.720
Zusatzjobs			12	225	313	350
Selbstständige	4.002	4.070	4.218	4.355	4.444	4.523
darunter:						
Förderung der Selbstständigkeit ^a	59	111	237	326	341	364
Pendlersaldo	102	90	86	111	123	137
Erwerbstätige Inland	39.096	38.722	38.868	38.783	38.889	39.073
Arbeitslose	4.061	4.377	4.381	4.861	4.580	4.440
Arbeitslosenquote ^b	9	10	10	11	11	10
Erwerbslose ^c	3.229	3.703	3.931	3.893	3.540	3.360
Erwerbslosenquote ^d	7,6	8,7	9,2	9,1	8,4	7,9
Aktive Arbeitsmarktpolitik						
Kurzarbeit	207	195	151	126	85	100
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	194	145	119	61	35	30
Berufliche Weiterbildung	340	260	184	114	105	110
Westdeutschland^e						
Erwerbstätige Inländer ^f	31.399	31.128	31.275	31.247	31.356	31.526
Arbeitslose	2.498	2.753	2.783	3.246	3.060	2.950
Arbeitslosenquote ^b	7,4	8,1	8,2	9,4	8,9	8,6
Aktive Arbeitsmarktpolitik						
Kurzarbeit	162	160	122	101	65	75
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	46	32	24	13	10	10
Berufliche Weiterbildung	198	161	121	77	70	70
Ostdeutschland^e						
Erwerbstätige Inländer ^f	7.595	7.504	7.507	7.425	7.410	7.410
Arbeitslose	1.563	1.624	1.599	1.614	1.520	1.490
Arbeitslosenquote ^b	17,1	17,8	17,6	17,9	17,0	16,7
Aktive Arbeitsmarktpolitik						
Kurzarbeit	45	35	29	25	20	25
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	148	113	95	49	25	20
Berufliche Weiterbildung	142	99	63	38	35	40

a) Existenzgründungszuschüsse, Überbrückungsgeld und Einstiegsgeld. – b) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbsspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose). – c) Definition der ILO. – d) Erwerbslose in % der inländischen Erwerbsspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Erwerbslose). – e) Westdeutschland: alte Bundesländer ohne Berlin, Ostdeutschland: neue Bundesländer einschließlich Berlin. – f) Schätzung der Institute auf Basis der Länderergebnisse der Erwerbstätigenrechnung von Februar/März 2006.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Rechenstand: Februar/März 2006), 2006 und 2007: Prognose der Institute.

Eigenheimzulage eine Steuervergünstigung abgeschafft, was den Staat immerhin mittelfristig um rund 6 Mrd. Euro pro Jahr entlastet. Gleichzeitig wurden allerdings Steuervergünstigungen ausgeweitet.

Die **Finanzpolitik** misst der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zu Recht hohe Priorität bei. Allerdings soll die Abnahme des Defizits nicht generell über geringere Ausgaben, sondern vor allem über eine höhere Steuerbelastung erreicht werden. Die Institute haben immer wieder dafür plädiert, die Haushaltskonsolidierung über die Ausgabenseite vorzunehmen. Höhere Steuern sind der falsche Weg, denn sie schaden aller Erfahrung nach dem Wachstum und der Beschäftigung. Vor diesem Hintergrund sollte die Bundesregierung die geplante Abgabenerhöhung überdenken. Wenn jedoch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer beschlossene Sache ist, sollte zumindest die Abgabenbelastung insgesamt nicht erhöht werden. So könnten im nächsten Jahr die Sozialbeiträge in dem Maße gesenkt werden, wie die Mehrwertsteuer erhöht wird. Die Institute schlagen jedoch einen anderen Weg vor: Die Regierung sollte die Mehrwertsteuer in zwei Stufen erhöhen: Im kommenden Jahr um 2 Prozentpunkte, im Jahr 2008 um einen weiteren Prozentpunkt. Dieser sollte dazu verwendet werden, einen Beitrag zur Finanzierung der für 2008 geplanten Unternehmensteuerreform zu leisten, die mit einer Nettoentlastung der Unternehmen verbunden sein sollte. Käme es mit Blick auf die Defizitwirkungen nur zu einer aufkommensneutralen Steuerreform, würde sich die Attraktivität Deutschlands für inländische und ausländische Investoren zwar auch verbessern, eine zusätzliche Chance für deutlich mehr Wachstum und Beschäftigung wäre aber vergeben. Gleichzeitig sollte der Subventionsabbau forciert werden. Die Institute haben wiederholt dafür plädiert, die Koch-Steinbrück-Liste als Basis zu nehmen. Die dort genannten Finanzhilfen und Steuervergünstigungen sollten in einem Zeitraum von fünf Jahren abgeschafft werden. Große Einsparmöglichkeiten gibt es zudem auf der Ausgabenseite, insbesondere im Bereich der Arbeitsmarktpolitik.

Die **Lohnpolitik** hat in den vergangenen Jahren einen moderaten Kurs verfolgt und so dazu beigetragen, dass im Zuge des jetzigen Aufschwungs auch die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zunehmen wird. Im Interesse einer nachhaltigen Besserung auf dem Arbeitsmarkt sollte dieser Kurs fortgesetzt werden.

Mit Blick auf 2007 ist zudem wichtig, dass die Tarifpolitik den durch die Mehrwertsteuererhöhung ausgelösten Schub bei den Verbraucherpreisen nicht zur Grundlage für Tarifforderungen macht.

Die **Geldpolitik** hat gegen Ende des vergangenen Jahres die Zinswende eingeleitet und damit ihren Expansionskurs etwas abgeschwächt. Mittelfristig wird die EZB den Leitzins, ähnlich wie die amerikanische Notenbank, auf den „neutralen Zins“ anheben. Auf Basis theoretischer Überlegungen und eigener Schätzungen veranschlagen die Institute diesen im Euroraum auf 3 1/2 bis 4 %. Dieses Zinsniveau wird die EZB im Prognosezeitraum voraussichtlich nicht anstreben. Die Institute erwarten vielmehr, dass die Zinsen nur moderat angehoben werden, so dass der maßgebliche Leitzins im Jahr 2007 bei 3 % liegt.

- ¹ Gekürzte Fassung des „Frühjahrgutachtens“ der in der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Berlin, zusammengeschlossenen Institute, veröffentlicht in: ifo Schnelldienst, 8/2006, S. 3 ff.
- ² Das ifo Institut schätzt die konjunkturelle Entwicklung im Jahr 2007 etwas optimistischer ein als die Mehrheit der Institute. Diese Einschätzung stützt sich zu einem großen Teil auf die endogene Konjunkturdynamik der deutschen Wirtschaft. Nach einem „klassischen“ Abschwung in den ersten Jahren dieses Jahrzehnts, der von einem Rückgang der Trendwachstumsrate begleitet war, wurde sowohl bei der gesamtwirtschaftlichen Produktion als auch bei den Ausrüstungsinvestitionen im Laufe des Jahres 2004 der untere Wendepunkt erreicht. Seitdem befindet sich die deutsche Wirtschaft in einem konjunkturellen Aufschwung, der sich zu Beginn dieses Jahres weiter verstärkt hat. Nach Analysen des ifo Instituts [vgl. H. BANDHOLZ, G. FLAIG und J. MAYR (2005): Wachstum und Konjunktur in OECD-Ländern: Eine langfristige Perspektive. In: ifo Schnelldienst, Jg. 58, Nr. 4] hält ein solcher Aufschwung in der Regel über etwa 4 Jahre an. Deshalb dürften die endogenen Auftriebskräfte, die von einer weiterhin hohen Exportdynamik begleitet werden, im Jahre 2007 kräftig genug sein, dass die dämpfenden Effekte der geplanten fiskalpolitischen Maßnahmen nicht so stark durchschlagen wie von der Mehrheit der Institute angenommen. Die Investitionsdynamik bei den Ausrüstungen und im Wirtschaftsbau wird sich im nächsten Jahr nicht abschwächen. Auch das Arbeitsvolumen wird leicht steigen. Damit werden sowohl die Arbeits- als auch die Gewinneinkommen stärker expandieren als von der Mehrheit der Institute prognostiziert. Außerdem dürfte der negative Effekt der Mehrwertsteuererhöhung auf den Konsum nicht so groß sein wie allgemein vermutet. Aufgrund der hohen staatlichen Defizite wurde eine Steuererhöhung von vielen bereits seit längerem erwartet und hat zur Konsumschwäche und dem Anstieg der Sparquote in den vergangenen Jahren beigetragen. Durch die Steuererhöhung selbst sinken deshalb das permanente Einkommen und der Konsum weniger als das gemessene laufende verfügbare Einkommen. Trotz der Mehrwertsteuererhöhung dürfte aus all diesen Gründen der private Konsum im Jahre 2007 sogar leicht zulegen. Alles in allem erwartet das ifo Institut, dass das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2007 mit 1,7 % um einen halben Prozentpunkt stärker steigen wird, als von der Mehrheit der Institute prognostiziert.